

Die Sanierung des Städtedefizitwesens.

Borgestern hielt die finanzpolitische Städtekommission des Deutschen Nationalverbandes unter dem Vorsitz des Obmannes Abg. Kraft eine Sitzung ab. Abg. Doktor v. Licht erstattete den Bericht über die laut Beschluß der am 15. Mai 1915 in Wien abgehaltenen Städtetage-Konferenz stattgefundenen Vorgesprache beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh und beim Finanzminister Freiherrn v. Engel und gab seiner Befriedigung über den Verlauf dieser Audienz Ausdruck. Dr. v. Licht wies insbesondere auf das Interesse hin, welches seitens dieser leitenden Kreise der Sanierungsaktion des Städtedefizitwesens entgegengebracht wird, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch die demnächst stattfindende Fortsetzung der Konferenz der Städtevertreter eine gedeihliche Erledigung der äußerst wichtigen Städtefrage erzielt werde.

Die finanzpolitische Städtekommission beschäftigte sich sodann mit der Frage der Organisation der deutschen Städte Oesterreichs im Sinne der bezüglichen Beschlüsse des Städtetages vom 14. Mai. In dieser Richtung wurde von der Kommission beschlossen, den die Städtetage vorbereitenden weiteren Ausschuß für den 4. August nach Wien einzuberufen. Die zur Grundlage einer bleibenden Organisation dienenden Vorarbeiten wurden einer eingehenden Erörterung unterzogen und aus dem allenthalben sich zeigenden Wunsche die Notwendigkeit einer baldigen Einberufung des deutschösterreichischen Städtetages festgestellt. An der Beratung beteiligten sich insbesondere die Abgeordneten Dr. v. Licht, Dr. v. Oberleithner, Kraft, Bürgermeister Dr. Dinghofer, Doktor Freihler, Denk und andre. Da der vorbereitende Ausschuß Anfang August seine Arbeiten vollendet haben wird, so dürfte voraussichtlich Ende August oder Anfang September die Tagung der deutschösterreichischen Städte stattfinden.

* * *

Gestern fand eine Sitzung der deutschnationalen Landtags- und Reichsratsabgeordneten von Niederösterreich unter dem Vorsitz des Abg. Wedra statt, in welcher die Forderungen auf dem Gebiete der Approvisionierung und hinsichtlich der Beamten- und Lehrerfrage in ein Memorandum zusammengefaßt wurden, das der Regierung zuhanden des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh in den nächsten Tagen überreicht werden wird.